

Sima/Bayr: Österreich braucht endlich aktive Umweltpolitik!

Schlusslicht beim Klimaschutz, Todesstoß für Mehrwegverpackungen, vernichtende Bilanz der Pröll-Umweltpolitik

Schlusslicht beim Klimaschutz, passive Anti-Atom-Politik und völliges Versagen in der Verpackungspolitik: Die Bilanz der ÖVP-Umweltpolitik unter dem zuständigen Landwirtschaftsminister Josef Pröll ist mehr als ernüchternd. Seit über 20 Jahren wird das Umweltministerium von der ÖVP geführt, seit Zeiten der schwarz-blauen Regierung noch dazu als Anhängsel des Landwirtschaftsministeriums. Es ist nicht zu übersehen, welche Interessen für die ÖVP überwiegen, Pröll hat viel heiße PR-Luft produziert, aber kaum Verbesserungen für den Umweltschutz in Österreich erreicht. Die SPÖ fordert u. a. eine aktive Klimaschutzpolitik, denn in diesem so zentralen Bereich - auch für die nächsten Generationen - ist das Scheitern des Umweltministers und seiner Vorgänger besonders dramatisch.

Klimaschutz: Nur heiße Luft

Nachdem alle ÖVP-Umweltminister seit Martin Bartenstein das Kyoto-Protokoll und Österreichs Verpflichtungen daraus weitgehend als „Hobby“ betrachtet haben, setzt Minister Pröll noch eins drauf – er maskiert seine Untätigkeit mit Angriffen auf Ministerkollegen und vor allem die Bundesländer. Aber eins ist klar – der Umweltminister kann sich nicht aus seiner Verantwortung für den Klimaschutz stellen. Österreich ist dank seiner Untätigkeit Schlusslicht in der EU, die Zahlen sind mehr als alarmierend. Diese wird die ÖsterreicherInnen noch teuer zu stehen kommen, da die nicht erreichten CO₂-Ziele in ein paar Jahren dann um viel Geld erkaufte werden müssen. Mit Spanien und Luxemburg liegt Österreich innerhalb der Europäischen Union am weitesten von seinen Klimaschutzvorgaben laut Kyoto entfernt. In Österreich hat sich der Ausstoß an Treibhausgasen gegenüber dem Referenzjahr 1990 bis 2006 um 15,2 % erhöht, nach dem Kyoto-Protokoll muss Österreich aber bis 2012 ein Minus von 13 % erreichen.

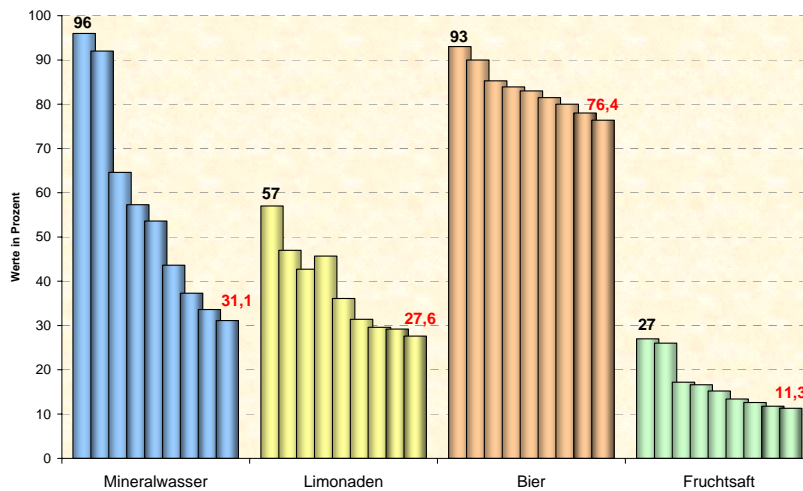
Die Bundesländer sind seit vielen Jahren aktiv beim Klimaschutz, Wien hat dank eines ambitionierten Klimaschutzprogramms die geringsten Pro-Kopf-Emissionen österreichweit. Die Länder stehen zu ihrer Verantwortung und wollen gemeinsam mit dem Bund an weiteren Reduktionen der klimaschädigenden Gase arbeiten. Der Höhepunkt der gescheiterten Klimaschutzpolitik des Bundes war das vollkommen ungenügende Klimagesetz, das Pröll vor dem Sommer durchpeitschen wollte und damit kläglich gescheitert ist.

Die SPÖ fordert ein umfassendes und verbindliches Klimaschutzgesetz, das gemeinsam mit den Ländern erarbeitet wird und konkrete, verbindliche Ziele, Maßnahmen und klar definierte Umsetzungszeiträume enthält, ähnlich dem Klimaschutzprogramm der Stadt Wien.

Besonders gefährdete Art: Mehrweg-Getränkeverpackung

Durch eine völlig verfehlte ÖVP-Abfallpolitik im Verpackungsbereich sind Mehrwegflaschen in den Regalen der Supermärkte kaum noch zu finden - mit katastrophalen Folgen für Umwelt- und Klimaschutz.

Getränkeverpackungen Mehrweganteil 1994 bis 2006



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG • ABTEILUNG 16: UMWELTSCHUTZ

Wilfried Mayr, Abfallwirtschaft

Die ÖVP setzt trotz dieser alarmierenden Entwicklung seit Jahren auf die „freiwillige Selbstverpflichtung“ der Industrie. Diese Maßnahme ist nachweislich in den letzten Jahren gescheitert – was Minister Pröll nicht davon abhält, diesen Weg als allein seligmachenden zu preisen.

In einer Studie im Auftrag der MA 22 – Wiener Umweltschutzabteilung im Jahr 2007 wurden Getränkeverpackungen hinsichtlich Rohstoff- und Energieverbrauch, Treibhausgase und anfallende Abfallmengen untersucht. Die Bierflasche gegen die Aludose und die Kunststoff-Mehrwegflasche Mineralwasser gegen die Einwegflasche. Die Einsparungen der Mehrwegsysteme bei Rohstoffen, Energie, Abfall und Treibhausgasen sind signifikant.

Die SPÖ fordert verbindliche gesetzliche Rahmenbedingungen für den Erhalt und Ausbau von Mehrwegsystemen.

Agrardiesel: Essen statt Tanken

Weltweit wird über Sinn und Unsinn der Agrotreibstoffe geforscht und diskutiert. Die Bilanz dieser Treibstoffe ist zumindest fragwürdig, wie auch eine aktuelle OECD-Studie bestätigt. Gegen die Förderung der Agrotreibstoffe bestehen sozial, umweltsch, entwicklungspolitisch und auch ökonomisch schwerwiegende Bedenken. UmweltexpertInnen warnen vor zu hohen Erwartungen und noch nicht absehbaren Folgen. Nur im Umweltministerium ticken die Uhren anders – hier wird allen Warnungen zum Trotz am Ziel der 10-prozentigen Beimischung bis 2020 festgehalten. EU-weit wird inzwischen von diesem Ziel Abstand genommen. Auch dass die prognostizierten Einsparungen an CO₂ nicht eintreffen und sehr kritisch gesehen werden, tangiert Minister Pröll wenig: Hauptsache eine neue Form der Landwirtschaftsförderung ist gefunden. Doch die Zukunft liegt in nachhaltiger Mobilität und der Entwicklung neuer Antriebstechnologien.

Die SPÖ fordert, die Beimischungsziele von Agro-Kraftstoff neu zu überdenken, ein verbindliches Nachhaltigkeits-Zertifikat auf Agrotreibstoffe zu schaffen und grundsätzlich weniger Fördersummen in derartig kontraproduktive Techniken zu investieren.

Luft kennt keine Grenzen

Beim Kampf gegen Feinstaub bietet sich ein ähnliches Bild wie beim Klimaschutz – laut Minister Pröll sind die Länder für alles verantwortlich und an allem schuld. Das Immissionsschutzgesetz Luft (IGL) schränkt den Spielraum der Länder enorm ein, aber der Minister ist nicht bereit, es entsprechend zu novellieren. Luft kennt bekanntlich keine Grenzen und in der Frage der Reduzierung von Luftschadstoffen sind ein gemeinsames, länderübergreifendes Vorgehen sowie neue Maßnahmemöglichkeiten überfällig.

Die SPÖ fordert eine Novelle des IG-L mit neuen Möglichkeiten, damit die Länder zusätzliche effektive Maßnahmen gegen den Feinstaub setzen können.

Atom – nein danke, Herr Minister Pröll

Auch in Fragen einer aktiven Anti-Atom-Politik sucht man die Position des Umweltministers leider umsonst. Ab und an eine kernige Aussage in den Medien, darin erschöpft sich seine Anti-Atom-Politik. Dabei droht 160 km entfernt von Wien der Ausbau des AKW Mochovce, einem Uralt-Reaktor aus der Sowjetzeit. Österreich muss sich endlich auf EU-Ebene Verbündete im Kampf gegen die Nuklearenergie suchen, denn unter dem Deckmantel des Klimaschutzes arbeitet die Atom-Lobby an einer Renaissance. Zentraler Hebel ist für die SPÖ der EUROATOM-Vertrag.

Die SPÖ fordert einen Neustart in der heimischen Anti-Atom-Politik.

Gentechnik durch die Hintertüre

Die ÖsterreicherInnen wollen in überwiegender Mehrzahl keine Gentechnik in der Nahrung. Das ist angeblich auch Auftrag der ÖVP. Doch widerspricht der Umweltminister seinem Vizekanzler Molterer mit keinem Wort, als der öffentlich sagt, dass er sich durchaus vorstellen kann, dass zur Produktion von Treibstoffpflanzen auch Gentechnik auf den österreichischen Feldern benutzt werden könnte. Nur: wenn einmal GMOs am Feld sind, sind sie von dort nicht wieder wegzubringen und der Weg in die Nahrung ist ein kurzer. Initiativen auf europäischer Ebene in Richtung gentechnikfreie Landwirtschaft waren nicht nur während der EU-Präsidentschaft Österreichs zu vermissen. Auch hier sind es die Länder, die gegen den Einzug der Gentechnik kämpfen, Wien hat beispielsweise ein Gentechnikvorsorgegesetz erlassen und ist mit den Landwirten eine Allianz zum Verzicht auf Gentechnik eingegangen.

Die SPÖ fordert, Österreichs Landwirtschaft auch künftig gentechnikfrei zu halten und klar erkennbare österreichische Initiativen zur Vermeidung von Importen von GMOs, wie die Dotierung von gentechnisch-kritischer Forschung und strategischem Vorgehen auf europäischer Ebene.

ÖVP: Zahlen sollen die SteuerzahlerInnen

Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Haftung bei Umweltschäden verunstatet in Prölls Auftrag das Ministerium eine Gesetzesvorlage nach der Begutachtung bis zur Unkenntlichkeit und ändert die Stoßrichtung komplett: Nach dem Willen des „Umwelt“-Ministers sollen künftig die SteuerzahlerInnen für Umweltschäden aufkommen, die Firmen verursacht haben, wenn sie gültige Bewilligungen haben. Ebenso soll es

bei Umweltrisiken sein, die vorher wissenschaftlich nicht absehbar waren. Umweltpolitik à la Industriellenvereinigung: die Firmen haben die Gewinne, die KonsumentInnen zahlen die Schäden – Neoliberalismus Marke Pröll!

Die SPÖ fordert, dass die Verursacher von Umweltschäden zur Kasse gebeten werden, keine Aufweichung des „polluter pays“-Prinzips.

Kühlschrankschrott – Millionen einfach nicht zurückgezahlt

Nach dem Aus fürs Kühlschrankschrott hätte das Geld an die KonsumentInnen zurückgezahlt werden müssen. Nachdem aber etliche Millionen beim privaten Entsorger „Umweltforum Haushalt“ (UFH) liegen blieben, hätte der Umweltminister die Pflicht gehabt, aktiv für die Rückgabe an die KonsumentInnen zu sorgen – allein das tat er nicht. Im Gegenteil gewährte er das Einstellen der Rückzahlaktion und verhalf so dem UFH zu einem Millionengewinn auf Kosten der KonsumentInnen.

Die SPÖ fordert den Umweltminister auf, den Schaden durch sein Versäumnis einer rechtzeitigen Vereinbarung mit dem UFH zu minimieren und sofort eine Regelung mit dem UFH zu realisieren, die eine Sicherstellung der verbliebenen Millionen zu Gunsten der KonsumentInnen sowie eine Zweckgebundenheit für Ausgaben im Bereich Bewusstseinsbildung/Abfallvermeidung garantiert.

Artenvielfalt und Naturschutz – gefragt, aber nicht vom Umweltminister

Wir brauchen eine aktive Umweltpolitik, die sich auch um Erhalt der Biodiversität kümmert – das hat der Umweltminister bislang komplett verabsäumt. Weder gab es bewusstseinsbildende Maßnahmen für die Bevölkerung noch eine dringende Gesetzesanpassung an die Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention. Seilbahn- und Pistenbau dürfen ungehindert weiter wachsen und damit wertvolle Lebensräume zerstören.

Die SPÖ fordert den Vorrang von Artenschutz vor wirtschaftlichen Interessen und das Verbot von Privatisierung oder Aneignung von Leben in Form von Pflanzen oder Tieren über Patente.

Bock und Gärtner

Dass die Umwelt ein lästiges Anhängsel im Landwirtschaftsressort ist, wird in vielen Politikfeldern deutlich: Bei der Festsetzung der Höchstmengen für Pestizide kommen zuerst die Interessen der Landwirte, dann jene der KonsumentInnen. Und auch die EU kritisiert, dass der „Grüne Pakt“ nicht primär die Umweltinteressen in der Agrarförderung trifft, sondern Forstwege und Infrastrukturprojekte vor jene des Naturschutzes stellt. Eine genaue Analyse der Umweltsituation fehlt ebenso wie eine daraus resultierende Strategie für das Programm. Auch das Einbinden des Parlaments und der NGOs ist für Pröll kein Thema – es besteht die Gefahr, dass aus dem „Grünen Pakt“ ein „Schwarzer Pakt“ wird.

Die SPÖ fordert, landwirtschaftliche Programme in ihrer Zielsetzung ernst zu nehmen und den Natur- und Lebensraumschutz in den Mittelpunkt zu stellen.

Nationalparks könnten bereits gentechnikfrei sein

Während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs feierten die Nationalparks ihr 25-jähriges Bestehen. Der Umweltminister fand schöne Worte des Lobes, wollte aber nicht zustimmen, die Nationalparks zur gentechnikfreien Zone zu machen. Die SPÖ brachte zwei Anträge dafür ein, aber die Partei des Umweltministers blockte beide Male ab.

Die SPÖ fordert - beginnend bei den Nationalparks und Natura 2000 Flächen - ein gentechnikfreies engmaschiges Netz über österreichische Landschaftsflächen zu ziehen.

Keine Macht für niemand!

Die Aarhus-Konvention hat das Ziel, die Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungen zu beteiligen und Zugang zu Informationen und Gerichten zu ermöglichen. Sie stellt ein zentrales Dokument für die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft dar. Gerade im Bereich der Gentechnik zeigt die Öffentlichkeit großes Interesse an der Beteiligung bei entscheidungsfindenden Prozessen. Fehlende Transparenz bzw. fehlender Zugang zu Informationen schränken die Möglichkeiten zur Mitgestaltung oft stark ein.

Die SPÖ fordert die richtlinienkonforme Umsetzung der Aarhus-Konvention, um das wichtige Mitspracherecht von Betroffenen in Umweltangelegenheiten zu erleichtern.

www.umwelt.spoe.at

- **Rückfragehinweise:**
Mag^a Anita Voraberger
Büro der Umweltstadträtin
Tel.: 01/4000-81353
E-Mail: anita.voraberger@wien.gv.at

Mag^a Gabriele Boleloucky-Bolen
Parlamentarische Mitarbeiterin
von Petra Bayr,
SPÖ Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung
Tel.: +43/1/40110-3685
Fax: +43/1/40130-3729
E-Mail : petra.bayr@parlament.gv.at
www.petrabayr.at